

Das Ende des Zyklus?

Deutschland steht vor dem dritten Jahr wirtschaftlicher Stagnation und ist immer noch weit von einem Aufschwung entfernt

von

Heiner Flassbeck

FTD, 23. Januar 2003

Das Ergebnis vom Statistischen Bundesamt ist ernüchternd: Um gerade einmal 0,2 % ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr gewachsen. Und das nach nicht minder mageren 0,6 % im Jahr zuvor. Besonders bemerkenswert war 2002 der absolute Rückgang des realen privaten Verbrauchs um einen halben Prozentpunkt und der Einbruch bei den privaten Investitionen. Wann immer in ferner Vergangenheit ein Aufschwung ein paar Jahre anhielt, wurde von der Mehrzahl der Ökonomen schnell das Ende des Zyklus und damit das immerwährende Wachstum ausgerufen. Das dauerte zwar nur so lange, bis die nächste Rezession ins Haus stand, aber die gleichen Leute müßten jetzt wieder das Ende des Zyklus ausrufen, aber statt immerwährendem Wachstum immerwährende Stagnation vorhersagen?

Zwei Jahre Nullwachstum und die Aussicht auf ein weiteres Stagnationsjahr bedeutet in der Tat, daß die westdeutsche Wirtschaft die mit Abstand längste Durststrecke ihrer Geschichte überwinden muß. Früher, als die Welt noch in Ordnung war, lernten junge Volkswirte, daß Rezessionen oder Schwächephasen allgemein etwa drei Quartale dauern. Mit anderen Worten, bevor man den Abschwung recht zur Kenntnis genommen hatte, war er schon vorbei. Daher kommt schließlich ein Großteil der Skepsis hinsichtlich der rechtzeitigen Wirksamkeit von staatlichen Konjunkturprogrammen und die Hoffnung auf "automatische Stabilisatoren" in der Finanzpolitik.

Im Nachhinein betrachtet hätte der Staat gerade diesmal Zeit gehabt, etwas zu tun, weil selbst bei extrem langen Erkenntnis- und Entscheidungsverzögerungen ausreichend Zeit gewesen wäre. Paradoxerweise hat der Staat es aber gar nicht versucht und hat selbst die automatischen Stabilisatoren ausgeschaltet. Er vertraute wohl darauf, daß der nächste Aufschwung mit Sicherheit kommt, der so oft tot gesagte Zyklus sich also wieder durchsetzen wird. Konsequenterweise wurde dann auch, allein dem Prinzip Hoffnung folgend, in jedem Jahr das Ende der Flaute für das zweite Halbjahr verkündet.

Das könnte sich aber auch für dieses Jahr als der große Irrtum erweisen. Der verlässliche Zyklus vergangener Jahrzehnte war nämlich nicht das Ergebnis immer vorhandener Erneuerungskräfte der Marktwirtschaft, oder solcher, die durch die berühmten Reformen wieder zum Leben erweckt werden müßten. Er war Resultat einer Konstellation, bei der grundsätzlich auf kräftige Steigerung der Realeinkommen gerichteten Erwartungen der privaten Haushalte von einem Schock nur kurz aus der Bahn geworfen wurden. Folglich wurde weitgehend "durchkonsumiert", d. h., die privaten Haushalte erhöhten in der Regel ihre Konsumausgaben auch dann, wenn die Beschäftigung temporär sank und die Arbeitslosigkeit stieg.

In den letzten fünf Jahrzehnten ist überhaupt nur ein einziges Mal der private Verbrauch absolut gesunken, nämlich von 1981 bis 1983, als die Kaufkraft der Konsumenten im Gefolge eines Ölpreisschocks - die Inflationsrate war 1981 auf 6,2 % gestiegen - schrumpfte. Das ist

heute ganz anders. Es gibt nicht einen Schock, der plötzliche Kaufzurückhaltung ausgelöst hätte, sondern es gibt eine seit Jahren anhaltende schleichende Erosion der Realeinkommen, die von den Nominaleinkommen ausgeht und nicht von einem Preisschock. Von 1996 bis 2002 ist der reale Bruttostundenlohn in Deutschland pro Jahr nur um 0,8 % gestiegen, netto gerechnet hat sich die Situation der Arbeitnehmer sogar nur um einen halben Prozentpunkt jährlich verbessert. Bei steigender Arbeitslosigkeit war es nur eine Frage der Zeit bis der private Verbrauch einbrechen würde.

Da sich an dieser Einkommensentwicklung in den nächsten Jahren nichts ändern wird, die Finanzpolitik restriktiv ist und der Export bei steigendem Euro eher Be- als Entlastung sein dürfte, wird es keinen Zyklus geben, der auf geheimnisvolle Weise die deutsche Wirtschaft aus der Krise rettet. Ohne kräftigen privaten Verbrauch springt die Investitionstätigkeit nicht an, ohne Investitionsdynamik gibt es auch keine Beschäftigungszuwächse und keinen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die anhaltende Stagnation zeigt, wie irreführend mechanische Rechnungen der Wirtschaftspolitik sind, die von einem "Produktionspotential" ausgehen, dessen Auslastung man mit einer stetigen Finanz- und Geldpolitik ohne weiteres steuern kann. Ein solches Potential gibt es nur, wenn die meisten Menschen auf Zuwächse bei den Realeinkommen bauen können, die dem Potentialpfad entsprechen. Bleiben die Einkommen eine Reihe von Jahren unter diesem Pfad, ist die Rückkehr mit Hilfe anderer Mittel der Wirtschaftspolitik fast unmöglich. Japan ringt noch immer mit den Folgen dieser bitteren Lektion; betrachtet man Deutschland, scheint es, als seien japanische Verhältnisse nicht mehr zu vermeiden.